

Katzenstein, Henriette und Schönecker, Lydia

Das Zusammenspiel der einzelnen Instrumente im Orchester des Kinderschutzes und seine rechtlichen Grundlagen

Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 58 (2009) 10, S. 798-813

urn:nbn:de:bsz-psydok-49378

Erstveröffentlichung bei:

Vandenhoeck & Ruprecht WISSENSWERTE SEIT 1735

<http://www.v-r.de/de/>

Nutzungsbedingungen

PsyDok gewährt ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit dem Gebrauch von PsyDok und der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Kontakt:

PsyDok

Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek
Universität des Saarlandes,
Campus, Gebäude B 1 1, D-66123 Saarbrücken

E-Mail: psydok@sulb.uni-saarland.de

Internet: psydok.sulb.uni-saarland.de/

Das Zusammenspiel der einzelnen Instrumente im Orchester des Kinderschutzes und seine rechtlichen Grundlagen

Henriette Katzenstein und Lydia Schönecker

Summary

Reflections on the Legal Foundations of Working Together to Safeguard Children

The following essay outlines the legal foundations of child protection in Germany. It can be shown that constitutional law postulates a balance between parents responsibility on the one hand and public assignment to safeguard children on the other hand. The article focuses on the impact of legislative provisions on practitioners working together to safeguard children. Discussion of the demands of successful cooperation in the field of child protection shows that the political debate focuses somewhat too much on questions of control. It is argued that prospective development of child protection law should rather be based on a thorough debate of the demands in the respective professional domains.

Prax. Kinderpsychol. Kinderpsychiat. 58/2009, 798-813

Keywords

child protection – child welfare law – data protection in child welfare law

Zusammenfassung

Ausgehend von dem in Art. 6 Abs. 2 GG vorgegebenen Balanceakt zwischen Erziehungsverantwortung der Eltern auf der einen und staatlichem Wächteramt auf der anderen Seite, reflektiert dieser Beitrag die in der Öffentlichkeit zunehmenden Rufe nach mehr staatlicher Kontrolle. Eine Auseinandersetzung mit den aktuellen rechtlichen Grundlagen – insbesondere dem Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII als auch den Datenschutzvorschriften – verdeutlicht, dass weniger an eine Verschärfung der Gesetze zu denken ist, als vielmehr die Verbesserung des Zusammenspiels der einzelnen Kinderschutzakteure sowie die Weiterentwicklung der fachlichen Möglichkeiten im Fokus stehen sollten. Abschließend wird unter diesem Blickwinkel die politische Debatte um ein Kinderschutzgesetz auf Bundesebene noch einmal kritisch beleuchtet.

Schlagwörter

Wächteramt – Kindeswohlgefährdung – § 8a SGB VIII – Datenschutz – Bundeskinderschutzgesetz

Können rechtliche Vorschriften der Fachpraxis beim Vorgehen oder bei der Entwicklung von Vorgehensweisen die Richtung weisen? Ist die seit vielen Monaten intensiv geführte Debatte über Kinderschutzgesetze auf Länder- und Bundesebene für die Weiterentwicklung der Fachpraxis zwischen den Professionen bedeutsam oder geht sie am Bedarf vorbei? Im Folgenden werden, ausgehend von den Bestimmungen des Grundgesetzes, die aktuellen rechtlichen Grundlagen des Kinderschutzes vorgestellt und diskutiert.

1 Wachen oder überwachen? Eine Reflexion zum staatlichen Wächteramt

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Zwei Sätze des Grundgesetzes (Art. 6 Abs. 2), in denen die ganze Komplexität des Verhältnisses der Eltern mit ihren Kindern zum Staat enthalten ist und die, immer wieder, auslegungsbedürftig sind. Sorgsam ist die Erziehungsverantwortung der Eltern hier als Recht (gegenüber staatlicher Bevormundung) *und* als vor allen anderen vordringliche Pflicht (zur Fürsorge gegenüber dem Kind) konzipiert. Der staatlichen Gemeinschaft wird die Aufgabe zugewiesen, über die Ausübung dieser hohen Verantwortung zu wachen.

Über das hier angelegte Spannungsverhältnis zwischen Eltern und Staat wurde und wird viel nachgedacht: Vor 12 Jahren formulierte Wiesner zum Beispiel diese Sichtweise: „Ein Staat, der die elterliche Erziehungsverantwortung ernst nimmt, kann nicht die Garantie dafür bieten, dass Kinder und Jugendliche in jeder Lebenslage vor Gefahren für ihr Wohl geschützt werden. Ein Staat, der einen uneingeschränkten Schutz des Kindes verspricht, kann dies nur um den Preis einer lückenlosen Überwachung individueller Privatheit“ (Wiesner, zit. nach Mörsberger u. Restemeier, 1997, S. 212).

Heute – vor dem Hintergrund einer intensiven, medial begleiteten öffentlichen Debatte – erscheinen diese Sätze fast frevlerisch. Ist der Schutz der Privatsphäre, sind die Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber dem Staat so wertvoll und wichtig, dass hingenommen werden kann, dass das Leiden eines Kindes nicht zu verhindern ist? Den immer wieder bekannt werdenden Fällen, in denen Kinder schwere Vernachlässigung oder Misshandlung erleiden, folgen jedenfalls mit großer Regelmäßigkeit Rufe nach mehr und effektiverer Kontrolle. Und auch Kontrolle der Kontrolleure wird verlangt: „Es kann nicht sein, dass es keine Kontrolle über die Jugendämter gibt und keine Anweisungsmöglichkeit besteht“ – äußert die brandenburgische Justizministerin Blechinger gegenüber der Berliner Morgenpost und beklagt das Scheitern des geplanten Kinderschutzgesetzes. „Erforderlich gewesen wäre die verstärkte Pflicht der Jugendämter zu Hausbesuchen in Familien, in denen Kinder von Gewalt bedroht sind“ (Berliner Morgenpost, 1.8.09).

Wer hat recht? Derjenige, der mit Wiesner dafür eintritt, dass freiheitliche Prinzipien gelten müssen, auch um den Preis, den Schutz von Kindern nicht in jedem

Einzelfall gewährleisten zu können? Oder derjenige, der zum Schutz jeden einzelnen Kindes nach vermehrten Kontrollen durch den Staat ruft und sich dabei – vermeintlich – auf das Wächteramt, Satz 2 des Art. 6 Abs. 2 GG, berufen kann?

Es spricht Einiges dafür, dass letztere Alternative, die auch in Politik und Öffentlichkeit eine große Rolle spielt, gar nicht realistisch ist. Denn alle Erfahrung spricht dagegen, dass eine „lückenlose Überwachung“ von Familien überhaupt möglich oder erfolgversprechend wäre (Coester, 2008, S. 6 f.). Bei Kontrollen – durch Hausbesuche – werden Gefahren für Kinder nicht selten nicht erkannt oder können nicht richtig eingeschätzt werden. Im extremen Fall besteht sogar die Gefahr, dass „scharfe“ Kontrollen zum letzten Tropfen für ein Überlaufen angestauter Probleme werden und gerade in Gewalt gegen Kinder münden (vgl. Ruthemeier, 2009, S. 226).

Es sind eben nicht immer häufigere und schärfere Kontrollen, die den besten Schutz für Kinder ermöglichen. Den besten Schutz bietet vielmehr eine zugewandte Wachsamkeit der Professionellen und der BürgerInnen, – eine kontinuierlich wachsame Unterstützung, wenn man so will, oder vielleicht auch eine kontinuierlich unterstützende Wachsamkeit.

Die (vielen) Väter und (wenigen) Mütter des Grundgesetzes mögen Ähnliches im Sinn gehabt haben bei Ihrer Formulierung in Art. 6 GG. Denn dort steht nicht etwa, dass der Staat die Eltern überwachen soll, nein, *er wacht* über deren Betätigung. Nachtwächter wachen des Nachts über die Stadt und deren BürgerInnen. BeschützerInnen wachen über ihre Schützlinge. Eltern wachen über ihre Kinder. Und der Staat wacht über die Betätigung der Eltern. Das ließe sich so auslegen: Wie ein Beschützer seinen Schützlingen, steht der Staat den Eltern wachsam zur Seite, unterstützt sie und greift erst im Ernstfall lenkend ein.

Nur in letzter Konsequenz oder, wie es das Grundgesetz in etwas altmodisch anmutender Sprache formuliert, „wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen“ dürfen Kinder daher auch gegen den Willen der Erziehungsberechtigten von der Familie getrennt werden, und auch dann nur auf der Grundlage eines Gesetzes (Art. 6 Abs. 3 GG). Eine solche bietet § 1666 BGB, der es dem Familiengericht ermöglicht, den Sorgeberechtigten die elterliche Sorge oder Teile davon zu entziehen. Als mildere Eingriffe zum Schutz des Kindeswohls zählt § 1666 Abs. 3 BGB beispielhaft eine Reihe von Maßnahmen auf, die das Gericht den Erziehungsberechtigten auferlegen kann, zum Beispiel das Gebot, Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe oder der Gesundheitsfürsorge in Anspruch zu nehmen.

Das „Versagen“ der Eltern, von dem das Grundgesetz spricht, sowie die „missbräuchliche Ausübung“ der elterlichen Sorge wurden allerdings Mitte 2008 aus der Vorschrift des § 1666 BGB gestrichen. Man befand, eine juristische Prüfung, ob die Eltern ursächlich verantwortlich waren für die Gefährdung eines Kindes verkompliziere nur die juristische Bewertung und diskriminiere unnötig die Eltern (Begründung des Gesetzes zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Kindeswohlgefährdung, Bundestagsdrucksache 16/6815, S. 10). Seit dem 12.7.2008 heißt die Vorschrift im Wortlaut daher: „*Wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder*

sein Vermögen gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Familiengericht die Maßnahmen zu treffen, die zur Abwendung der Gefahr erforderlich sind...“

Entscheidend für Eingriffe in das Sorgerecht ist also nach heutiger Rechtslage allein, ob eine Gefährdung des Kindes vorliegt *und* die Eltern diese nicht abwenden (können).

2 Worüber reden wir? Kindeswohlgefährdung als juristische Konstruktion

Hilfe und Schutz für Kinder sollten zwar möglichst früh und koordiniert einsetzen, damit Kinder und ihre Familien rechtzeitig und in den wesentlichen Punkten unterstützt werden können. Ausgehend von der verfassungsrechtlichen Vorgabe der primären Elternverantwortung hat sich der Gesetzgeber jedoch dazu entschieden, nicht in Konkurrenz mit den Eltern um die bestmögliche Erziehung zu treten, sondern lediglich für eine Sicherstellung der Fundamentalbedürfnisse jedes Kindes zu sorgen (Coester, 2008, S. 2). Der entscheidende Orientierungspunkt ist daher von einer „negativen“ Sichtweise geprägt: Der Begriff der Kindeswohlgefährdung (vertiefend zum Begriff und den Erscheinungsformen s. Kindler, 2009) markiert die entscheidende Schwelle zum Handeln gegen den Willen der Eltern, zum familiengerichtlichen Eingriff. „Kindeswohlgefährdung“ ist also das, zu dem es nicht kommen darf, das, was gar nicht mehr akzeptabel ist.

Der BGH hat 1956 eine juristische Definition des Begriffs der *Kindeswohlgefährdung* vorgegeben, die bis heute gültig ist. Danach ist Kindeswohlgefährdung „eine gegenwärtige, in einem solchen Maße vorhandene Gefahr, dass sich bei der weiteren Entwicklung eine erhebliche Schädigung mit ziemlicher Sicherheit voraussagen lässt“ (BGH, FamRZ, 1956, S. 350).

Diese juristische Definition erscheint MedizinerInnen, PsychologInnen oder SozialarbeiterInnen vielleicht zunächst wenig hilfreich, da sie keinerlei fachliche Antworten gibt. Vielmehr erklärt sie den unbestimmten Rechtsbegriff der Kindeswohlgefährdung mit einer Reihe weiterer *interpretationsbedürftiger* Begriffe. Was ist etwa eine „erhebliche“ Schädigung und wie wird „ziemliche Sicherheit“ bestimmt? Es zeigt sich hier jedoch, dass diese Definition des BGH in erstaunlich zeitloser Weise die Fragen vorgibt, die die Fachleute sich stellen müssen, wenn sie die Demarkationslinie finden wollen, an der Kinder Schutz auch vor und gegen den Willen ihrer Eltern bekommen müssen:

- Liegt tatsächlich eine *gegenwärtige* Gefahr für das Kind/den Jugendlichen vor (oder lag die Gefahr in der Vergangenheit oder wird nur für die Zukunft befürchtet)?
- Wie wird es dem Kind/Jugendlichen morgen – in einem Jahr – in 10 Jahren gehen, wenn die Entwicklung so weiter geht wie bisher?
- Wie groß, wie erheblich wird die – geistige, körperliche oder seelische – Schädigung des Kindes/Jugendlichen nach Ablauf dieser Zeiträume sein?
- Wie sicher können wir als Fachleute sein, dass unsere Prognosen richtig sind?

Die juristische Definition von Kindeswohlgefährdung des BGH bietet eine gute Grundlage für produktive Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen professionellen Beteiligten. Die Antworten findet nicht eine Profession allein, sie müssen im Konzert der Kinderschutzakteure ausgehandelt werden.

3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Positionen und Aufgaben

Die verschiedenen Beteiligten, das Familiengericht, das Jugendamt, die Einrichtungen und Dienste der freien Jugendhilfe, sowie die Fachkräfte der Gesundheitshilfe vertreten unterschiedliche Stimmen im Orchester der Kinderschutzakteure. Für eine gute Kooperation der Beteiligten, die heute vor Ort in vielen Kommunen und Kreisen angestrebt wird, ist es wichtig, dass die einzelnen Professionen ihre Aufgaben und Positionen im Zusammenspiel kennen und reflektieren.

3.1 Das Familiengericht

Allein das Familiengericht kann den Eltern Pflichten gegen ihren Willen auferlegen oder das Sorgerecht (teilweise) entziehen. Es ist verantwortlich dafür zu prüfen, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, die nicht durch die Eltern abgewendet werden kann und die für den Schutz des Kindes notwendigen Maßnahmen anzuordnen und, nach § 1696 BGB auch dafür zu überprüfen, wie die Anordnung oder der Verzicht auf Maßnahmen sich ausgewirkt haben. Entsprechend kommt es zur Anrufung des Familiengerichts durch das Jugendamt auch nur, wenn die Eltern nicht freiwillig Hilfen annehmen oder wenn die freiwillig angenommenen Hilfen nicht ausreichen, um die Gefährdungslage abzuwenden.

Das Familiengericht ist nach dem Amtsermittlungsgrundsatz (§ 26 FamFG) verpflichtet, Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung nachzugehen und „nach pflichtgemäßem Ermessen die notwendigen Beweise zu erheben“ (Meysen et al., 2009, § 26 Rn. 2). Die Möglichkeit, sich an das Gericht zu wenden, hat jede/jeder. Ein Antrag, der irgendein Formerfordernis erfüllen müsste, ist dafür nicht notwendig. In aller Regel wird das Gericht in Fällen von Kindeswohlgefährdung allerdings durch das Jugendamt angerufen. Meist wird es für Fachkräfte der freien Jugendhilfe oder Ärzte/Ärztinnen – etwa einer psychiatrischen Klinik – auch nicht sinnvoll sein, das Familiengericht selbst anzurufen und das Jugendamt dabei zu „übergehen“. Im Einzelfall mag es aber vorkommen, dass zur Klärung unterschiedlicher Sichtweisen zwischen verschiedenen Professionen dieser Weg doch gegangen wird.

3.2 Das Jugendamt

Wie Art. 6 Abs. 2 GG herausstellt, spielen die Eltern in der Erziehung lange Zeit die tonangebende erste Geige. Insofern können alle Akteure außer dem Familiengericht den Eltern nur Angebote für Variationen oder den Wechsel der Tonart machen und sind dabei auf deren Einsicht und die freiwillige Inanspruchnahme der Angebote angewiesen. Das gilt, mit Ausnahme der Inobhutnahme (§ 42 SGB VIII) bei dringender Gefahr, auch für das Jugendamt. Das ist nicht immer allen Akteuren bewusst und führt manchmal zu Empörung darüber, dass das Jugendamt untätig bleibt. Aber auch das Jugendamt ist – unterhalb der Schwelle der Anrufung des Familiengerichts – auf das Werben um die Annahme von Hilfen angewiesen. Und der Patient, der beim Arzt schon vehement Hilfe für seine Familie abgelehnt hat, ist der Ansprache durch das Jugendamt nicht unbedingt gewogener.

Neben dieser Gemeinsamkeit gibt es jedoch Besonderheiten: Die Jugendämter beziehen ihre Aufgabenstellungen direkt aus dem *Gesetz*, insbesondere aus dem achten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VIII). Als einziger Akteur im Kinderschutz kann und muss das Jugendamt einerseits auf eine breite Palette von Jugendhilfe-Leistungen zurückgreifen, wenn so die Gefährdung von Kindern abgewendet werden kann (vgl. § 1, 2 und 8a Abs. 1 SGB VIII). Dazu gehören alle Hilfen nach dem Katalog der §§ 27–35 SGB VIII, der nicht als abschließend zu verstehen ist, z. B. die Sozialpädagogische Familienhilfe, die Erziehung in einer Tagesgruppe oder auch die Heimerziehung. Andererseits hat das Jugendamt auch die gesetzliche Aufgabe, Hinweise auf Kindeswohlgefährdung verbindlich zu prüfen und sich ggf. an das Familiengericht zu wenden. Als Sozialbehörde unterliegt es dem Untersuchungsgrundsatz und muss bei dieser Prüfung auch aktiv Informationen einholen.

3.3 Einrichtungen und Dienste der freien Jugendhilfe und Gesundheitshilfe

Der Kindertagesstätte, der Sozialpädagogischen Familienhilfe oder der Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie und anderen Einrichtungen und Diensten der freien Jugend- und Gesundheitshilfe werden Aufgaben im Kinderschutz nicht direkt durch Gesetz zugewiesen. Ihre Verpflichtung zum Schutz von Kindern ist entweder, im Falle der freien Jugendhilfe, auf Vereinbarungen mit dem Jugendamt (vgl. § 8a Abs. 2 SGB VIII) gegründet oder, wie in der Gesundheitshilfe, auf ethische Verpflichtungen bzw. Bürgerpflichten. Das hat auch einen rechtlichen Hintergrund: Einrichtungen und Dienste der Gesundheitshilfe und freien Jugendhilfe beziehen ihre Aufgaben grundsätzlich aus *Verträgen* mit ihren KlientInnen oder PatientInnen. Die Verträge von Kindertagesstätten oder die Behandlungsverträge in einer Klinik werden jedoch üblicherweise nicht im Hinblick darauf abgeschlossen, die Gefährdung eines Kindes abzuwenden. Kindertagesstätten beispielsweise schließen mit den Eltern Vereinbarungen über die Betreuung und vielleicht die Förderung der Kinder ab. Kliniken schließen mit den PatientInnen oder deren Personensorgeberechtigten

Verträge über die Behandlung einer Erkrankung. Anders kann das bei der Sozialpädagogischen Familienhilfe oder anderen Hilfen zur Erziehung gelagert sein. Im Rahmen erzieherischer Hilfen ist es nicht unüblich, mit den Familien auch Kontrollen zur Abwendung einer Gefährdungslage oder Informationen an das Jugendamt bei Bekanntwerden einer solchen zu vereinbaren.

In denjenigen Fällen, in denen der Umgang mit einer Kindeswohlgefährdung nicht vereinbart wurde, gehört er auch nicht zur unmittelbaren Aufgabenstellung der Fachkräfte der freien Jugendhilfe oder Gesundheitshilfe. Wenn ein Arzt/eine Ärztin oder die Fachkraft einer Kindertagesstätte dennoch Anhaltspunkte für die Gefährdung eines Kindes mit den Eltern anspricht und ihnen anbietet, sich mit ihnen darum zu kümmern, entspricht das, juristisch gesehen, dem Angebot einer Vertragserweiterung. Dieses Angebot wird – je nach Vertrauensverhältnis und vielen anderen Umständen – manchmal angenommen. Solange wie eine solche Vertragserweiterung nicht vereinbart wurde bzw. werden konnte, besteht die Aufgabe der Fachkräfte in diesen Bereichen vor allem im aufmerksamen Hinschauen und darin, den eigenen Zugang zur Familie dafür zu nutzen, dass Hilfe und Schutz für das Kind – so gut wie möglich – auf den Weg kommen können. Das bedeutet, dass die eigene Sorge um die Familie den Betroffenen deutlich gemacht werden muss. Wahrgenommene Anhaltspunkte für die Gefährdung eines Kindes mit den Eltern müssen angesprochen und dafür geworben werden, weiterführende Hilfen anzunehmen. Da allerdings notwendige Hilfen häufig nur durch das Jugendamt angeboten und von diesem bewilligt werden müssen, sind Fachkräfte der Gesundheitshilfe und der freien Jugendhilfe im Falle von Kindeswohlgefährdung aufgefordert, für das Jugendamt zu *werben*. Das fällt manch einem nicht leicht und ist überdies erschwert dadurch, dass die Arbeitsweise und Palette von Möglichkeiten des Jugendamts immer noch zu wenig bekannt sind.

Nur wenn es nicht gelingt, gemeinsam mit den Eltern zu handeln, oder der wirksame Schutz des Kindes durch das Gespräch mit den Eltern gefährdet sein könnte, ist es Aufgabe der Einrichtungen der Gesundheits- und freien Jugendhilfe, das Jugendamt auch gegen dessen Willen zu informieren.

4 Das Jugendamt ist Dirigent im Kinderschutzorchester

Die rechtliche Ausgestaltung seiner Aufgaben sowie seine faktischen Möglichkeiten bedingen die zentrale Stellung des Jugendamts im Zusammenspiel der Akteure im Kinderschutz. Auch wenn das Familiengericht die Pauke spielen mag und die psychiatrische Klinik ein beachtenswertes Solo präsentiert – was wäre das Orchester ohne den Dirigenten? Ohne Orchester allerdings kann ein Dirigent nichts ausrichten.

Die Rolle des Dirigenten im Kinderschutz ist anspruchsvoll und nicht immer dankbar. Ohne Koordination und Zusammenführung der verschiedenen Einschätzungen sind jedoch abgestimmte und zielführende Hilfen meist nicht möglich. Wann immer möglich, sollten Kindertagesstätte, Klinik oder Arztpraxis daher für die *frühzeitige*

Einbeziehung des Jugendamts werben, ohne die eigene Hilfebeziehung aufzugeben. Die Fachkräfte im Jugendamt ihrerseits müssen sich bewusst sein, dass sie ohne Orchester ihre Rolle nicht ausfüllen können. Jede Stimme der beteiligten Professionellen muss zur Geltung gebracht werden, wenn das Zusammenspiel gelingen soll.

Ein (Gegen-)Beispiel soll illustrieren, wie ein unabgestimmtes Nebeneinander der Hilfebeziehungen hilf- und insofern erfolglos bleiben kann:

Daniel, ältester Bruder von drei Geschwistern, fällt im Kindergarten durch rastloses, unkonzentriertes Verhalten auf. Er trägt witterungsunangemessene Kleidung, scheint allerdings auch wenig temperaturempfindlich zu sein. Mit anderen Kindern gerät er leicht in Auseinandersetzungen und ist dadurch eine Belastung für die Erzieherinnen. Im Kindergarten versucht man, Daniels Schwierigkeiten mit besonderen Förderangeboten zu begegnen. Die Mutter lehnt Gesprächsversuche der Gruppenleitung unwirsch ab.

In der Früherkennungsuntersuchung beim Arzt fällt ebenfalls auf, wie wenig konzentriert und fahrig Daniel sich verhält. Die Ärztin spricht von „ADHS“ und Ergotherapie, die Mutter und Sohn anschließend auch einige Male in Anspruch nehmen. Bei den verschiedenen Tests der Einschulungsuntersuchung durch das Gesundheitsamt wird eine deutliche Entwicklungsverzögerung von Daniel festgestellt. Er wird in die Förderschule eingeschult. Die LehrerIn hat zunehmende Mühe mit dem Jungen, der in immer heftigere Auseinandersetzungen mit den KlassenkameradInnen verwickelt ist und sich von Erwachsenen wenig sagen lässt. Als es in der dritten Klasse zu einem heftigen Angriff Daniels auf ein jüngeres Mädchen kommt, der zu einer Augenverletzung führt, und die Mutter nicht bereit ist, zum Gespräch zu erscheinen, wird im Kollegium vereinbart, dass Daniel die Schule nicht mehr besuchen dürfe und das Jugendamt informiert wird. Das Jugendamt stellt fest, dass die jüngere Schwester Daniels auch in der Kindertagesstätte schon aufgefallen ist. Die Eltern verschanzen sich jedoch in dieser zugespitzten und aufgeheizten Situation, so dass die Fachkräfte des Jugendamts größte Mühe haben, sie überhaupt zu einem Gespräch zu bewegen. Es zeigt sich, dass es in der Familie eine ausgeprägte Alkoholproblematik des Vaters gibt, die mit allen Kräften versteckt wird, die Familie jedoch völlig beherrscht.

Die heute in vielen Landkreisen und Kommunen entstehenden Netzwerke früher Hilfen können solchen, den Erfolg verschleppenden bzw. gar gefährdenden Verläufen entgegen wirken. Ein gutes Zusammenspiel bedarf jedoch vieler Proben und manchmal auch Auseinandersetzungen, auch mit dem Dirigenten.

5 § 8a SGB VIII – zentrale Rechtsvorschrift und Partitur für den Kinderschutz

Seit 2005 hat die Kinder- und Jugendhilfe mit dem Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK) eine Vorschrift erhalten, die zu eben jenen Proben und Auseinandersetzungen auffordert und Gelegenheit gibt: der § 8a SGB VIII. Denn mit dieser zentralen und zentrierenden „Kinderschutz-Vorschrift“ hat der Gesetz-

geber erfolgreich versucht, den handelnden Fachkräften eine Partitur für den Umgang mit dieser hochkomplexen Thematik zur Verfügung zu stellen.

Die Vorschrift ist u. a. vor dem Hintergrund spektakulärer Fälle von Kindeswohlgefährdung entstanden, die zu bleibenden Schäden oder sogar zum Tod der betroffenen Kinder führten. Insbesondere die daraufhin aufgeworfenen Fragen nach der Strafbarkeit der zuständigen SozialarbeiterInnen führte zu dem Anliegen, den Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe zu konkretisieren und den Fachkräften stärkere Handlungssicherheit für diese Situationen zu verschaffen (Bundestagsdrucksache 15/3676, S. 30). In seiner Konstruktion stützt sich der Schutzauftrag auf jahrelange Erfahrungen und bereits entwickelte fachliche Empfehlungen im Umgang mit Situationen von Kindeswohlgefährdung (vgl. z. B. Empfehlungen des Deutschen Städtetags, 2003). Und so bricht er – wie eine Art Fahrplan (Katzenstein, 2009a, S. 11) – das abstrakte Balance-spiel des Wächteramtes auf die notwendigen Orientierungspunkte für das fachliche Vorgehen herunter. Den handelnden Fachkräften verlangt er ein klar geregeltes und verbindliches Verfahren ab. Dabei konnte der Gesetzgeber zwar nur die Jugendämter direkt auf die Wahrnehmung des Schutzauftrags verpflichten (§ 3 Abs. 2 S. 2 SGB VIII). Um das Niveau des Kinderschutzes jedoch in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe sicherzustellen, verpflichtet § 8a Abs. 2 SGB VIII das Jugendamt, über Vereinbarungen sicherzustellen, dass alle Träger von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, in den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung einbezogen werden (Bieritz-Harder, 2006, § 8a Rn. 7).

Für die Wahrnehmung des Schutzauftrags der handelnden Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe ist daher die Sicherstellung eines einheitlichen Verfahrens mit den folgenden Schritten vorgegeben:

- Ausgangspunkt des Verfahrens nach § 8a SGB VIII ist die *Wahrnehmung* von „gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung“. Dies hat zum einen zu intensiven Diskussionen geführt, welche Anhaltspunkte in welcher Erscheinungsform tatsächlich ein derartiges Gewicht haben. Inzwischen sind in der Praxis eine Vielzahl von Merkmalslisten und Bewertungsinstrumenten entwickelt worden, um den handelnden Fachkräften fachlich fundierte Hilfestellungen für die subjektiven Einschätzungen im Einzelfall an die Hand zu geben (vgl. z. B. ISA, 2006, S. 95 ff.; Recklinghausener Erhebungsbogen, Wiesner, 2006, Anhang § 8a). Zum anderen fordert dieser Auftrag auch zur Auseinandersetzung mit und ggf. (Weiter-)Qualifizierung der eigenen Wahrnehmungsfähigkeit und -sensibilität auf.
- Im zweiten Schritt fordert das Gesetz, dass die handelnde Fachkraft eine *Einschätzung mit anderen Fachkräften* vornimmt. Bei freien Trägern muss zusätzlich eine „insoweit erfahrenen Fachkraft“ hinzugezogen werden (Abs. 2). Auf diese Weise soll abgesichert werden, dass alle Einschätzungen, Abwägungen und die Erarbeitung der weiteren Vorgehensweise reflektiert, gestützt und auch kritisch hinterfragt werden. Dies stärkt sowohl den Einschätzungsprozess insgesamt als auch die Handlungssicherheit der fallverantwortlichen Fachkraft.

- Da auch dann, wenn es um die Gewährleistung des Schutzes des Kindes geht, die Eltern mitverantwortlich bleiben, verlangt § 8a SGB VIII einen weit reichenden *Einbezug der Eltern* und damit ein transparentes und respektvolles fachliches Handeln. Mit einer entscheidenden Ausnahme: wenn sich durch diese Transparenz die Gefährdungssituation des Kindes weiter verschärft.
- Wird zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von *Hilfen* für notwendig erachtet, so sind auch in der konkreten Gefährdungssituation diese den Eltern zunächst *anzubieten* und um deren freiwillige Inanspruchnahme zu werben.
- Erst wenn die Eltern auch dieses Hilfeangebot nicht annehmen wollen, ist entweder von Seiten der freien Träger der Jugendhilfe das *Jugendamt* zu informieren (§ 8a Abs. 2 S. 2 SGB VIII) oder seitens des Jugendamtes das *Familiengericht anzurufen*, um dem Kind auch gegen den Willen der Eltern den erforderlich gehaltenen Hilfezugang zu ermöglichen.

Mit den verbindlichen Vorgaben des § 8a SGB VIII ist das Handeln der Kinder- und Jugendhilfe in Kinderschutzfragen, insbesondere auch das des Jugendamtes nach außen hin zum einen transparenter und nachvollziehbarer geworden. Zum anderen bildet die Vorschrift die Partitur für das Orchesterstück „Kinderschutz“ und macht so deutlich, an welchen Stellen *besonders geprobt* werden muss.

- Sind die eigenen Mitarbeiter ausreichend qualifiziert in ihrer Wahrnehmung von Kindeswohlbedürfnissen, aber auch in der Kommunikationsfähigkeit geschult? Wer übernimmt ggf. die (finanzielle) Verantwortung für ihre Weiterbildung?
- Mit welchen Verfahren kann die Fachteamberatung hilfreich strukturiert werden?
- Wer übernimmt „die Stimme“ der beratenden insoweit erfahrenen Fachkraft? Wer finanziert deren Qualifizierung und Inanspruchnahme?
- Auf welche Weise erfolgt eine – die Hilfebeziehung möglichst erhaltende und wenig belastende – Übergabe der Fälle ans Jugendamt?
- ...

Sollen bzw. wollen auch andere Bereiche und Professionen außerhalb der Jugendhilfe im Orchester des Kinderschutzes mitspielen, werden sie sowie die bereits aktiven Kinderschutz-Akteure nicht umhin kommen, auf der Grundlage des § 8a SGB VIII-Modells diese Grundfragen und -bedingungen in den Kooperationsbeziehungen ebenfalls miteinander zu klären.

6 Gute und schlechte Geheimnisse – Verschwiegenheitspflichten und Informationsbedarf im Kinderschutz

Eine der zentralen Grundfragen, die es im Zusammenspiel der verschiedenen Stimmen im Kinderschutz immer zu klären gilt, ist die Frage des Umgangs mit den bestehenden Verschwiegenheitspflichten, dem Datenschutz. Denn jeder der beteiligten Kinderschutz-

akteure – ob die Ärztin, der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut oder der Erzieher in der Kindertagesstätte, der Psychologe in der Beratungsstelle, die Sozialpädagogische Familienhelferin und auch der Mitarbeiter im Jugendamt – bekommt nur Zugang zu den Familien und ihren Kindern, wenn Eltern verlässlich darauf bauen können, dass sie sich mit ihren Sorgen und Problemen in einer grundsätzlich vertrauensgeschützten Hilfebeziehung anvertrauen können. Gleichzeitig besteht jedoch in Kinderschutzfällen ein verstärkter Informationsbedarf zwischen den Kinderschutzakteuren: vom Austausch über den erkannten Hilfe- oder auch Schutzbedarf des Kindes, über die Vermittlung von Eltern in Hilfen anderer Institutionen bis hin zum Informationsbedarf, wenn Eltern sich aus der eigenen Hilfebeziehung zurückziehen und daher die Achtsamkeit der anderen Hilfepartner geweckt oder verstärkt werden soll.

Im Rahmen von Hilfe und Schutz für Kinder besteht also die schwierige Situation, dass es „gut“ und „schlecht“ sein kann, anvertraute Geheimnisse der Eltern zu hüten. „Gut“, im Sinne von hilfreich, ist der Vertrauensschutz immer so lange, wie er Zugang und Öffnung in die Hilfebeziehung ermöglicht. Die Situation schlägt jedoch um, wenn Geheimnisse dazu (aus-)genutzt werden, die HelferInnen zu spalten, Konkurrenz aufzubauen und damit Öffnung und Hilfezugänge gerade zu verhindern.

Grundlage aller Datenschutzvorschriften ist das vom Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil 1983 erstmals herausgestellte Recht auf informationelle Selbstbestimmung, wonach jeder Bürger grundsätzlich selbst entscheiden können soll, wen er zu welchem Zweck welche persönliche Daten über sich wissen lassen möchte (BVerfGE 65, S. 42 f.). Damit sind insbesondere zwei maßgebliche Grundrichtungen vorgezeichnet: Zum einen besteht immer dann eine Handlungsbefugnis im Datenschutz (z. B. zur Informationsweitergabe), wenn der über die Daten Verfügungsberechtigte sein *Einverständnis* erklärt hat. Zum anderen fordert dieses Grundrecht einen möglichst transparenten Umgang mit personenbezogenen Informationen – insbesondere auch dann, wenn ein Einverständnis zwar nicht gewonnen werden konnte, hingegen eine andere Datenschutzbefugnis ein Handeln dennoch erlaubt bzw. sogar einfordert. Dieses Leitmotiv („*Vielleicht gegen den Willen, aber grundsätzlich nicht ohne Wissen!*“) ist in Kinderschutzfällen besonders wichtig, um die Belastungen für die Hilfebeziehung mit den Eltern durch ein verlässliches und ernstnehmendes Auftreten möglichst abzufedern.

Es mag vielleicht ungewöhnlich klingen, aber die Auseinandersetzung mit den Verschwiegenheitspflichten und ihren jeweiligen Öffnungsklauseln im Kontext von Kinderschutzfragen kann wesentliche Hilfestellungen dafür geben, die Balance zwischen Respekt vor den Bürgerrechten, Aufbau und Erhalt eines vertrauensvollen Hilfezugangs sowie notwendigem Informationsaustausch im Falle von Gefährdung eines Kindes zu stützen. Eine besonders gute Grundlage, um den angemessenen Umgang mit Vertrauen in Hilfebeziehungen zu reflektieren, bieten die Datenschutzvorschriften für die Kinder- und Jugendhilfe in den §§ 61 ff. SGB VIII. So knüpft beispielsweise die Befugnis zur Datenweitergabe nicht nur daran an, dass eine solche für die Erfüllung einer eigenen Aufgabe oder die eines anderen Sozialleistungsträgers erforderlich ist, sondern hat insbesondere auch zur Bedingung, dass die Datenweitergabe den Hil-

feerfolg nicht in Frage stellt (§ 64 Abs. 2 SGB VIII). Damit ist der/die fallzuständige MitarbeiterIn aufgefordert, zu reflektieren, ob und unter welchen Bedingungen die aufgebaute Vertrauens- und Hilfebeziehung zu den Eltern so tragfähig ist, dass die beabsichtigte Datenweitergabe sie nicht gefährden wird.

In der Gesundheitshilfe gibt es hingegen deutlich weniger gesetzliche Stützpfeiler für solche Überlegungen. Neben dem Einverständnis durch die Betroffenen ist ein Handeln grundsätzlich nur auf der Grundlage der allgemeinen Notstandsnorm des § 34 StGB möglich. Vereinzelt bestehen inzwischen zwar auch landesrechtliche Datenschutzbestimmungen, die sich jedoch weitgehend an den Vorgaben des § 34 StGB orientieren (z. B. § 12 Kinderschutzgesetz Rheinland-Pfalz, § 1 Abs. 5 Kinderschutzgesetz Baden-Württemberg). Die Handlungsbefugnis des Notstands greift erst dann, wenn eine Kindeswohlgefährdung angenommen werden kann und die Datenweitergabe sowohl als ein geeignetes als auch erforderliches Mittel zur Gefährdungsabwendung anzusehen ist. Dies hat insbesondere auch die Prüfung und Abwägung zur Voraussetzung, ob und inwieweit die Eltern stattdessen die Gefährdungssituation selbst abwenden können und wollen. Vor einer Weitergabe von Informationen gegen den Willen der Eltern muss also erfolglos versucht worden sein, die Eltern für eine einverständliche Datenweitergabe bzw. zur Annahme weitergehender Hilfen zu gewinnen (ausführlich zu den notwendigen Einschätzungen und Abwägungen s. Meysen, Schöneck, Kindler, 2009, S. 71 ff.).

7 Worauf kommt es an? Zur Debatte um ein Kinderschutzgesetz auf Bundesebene

Für das Jugendamt als zentraler Institution im Kinderschutz ist seit 2005 mit dem § 8a SGB VIII, sowie einer Verfeinerung der Datenschutzvorschriften ein solider gesetzlicher Rahmen gegeben, der nicht nur das alltägliche Handeln leitet, sondern zu einer Welle von Weiterentwicklungen der Praxis in den Jugendämtern geführt hat. In der gesamten Bundesrepublik sind fachliche Vorgehensweisen lebhaft diskutiert und in vielen Ämtern überarbeitet und neu festgelegt worden. Zur Unterstützung der Praxis vor Ort haben auch verschiedene Landesjugendämter und die Kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendhilfe (AGJ) und dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorgen e.V. (DV) „Empfehlungen zur Festlegung fachlicher Verfahrensstandards in den Jugendämtern bei Gefährdung des Kindeswohls“ vorgelegt (zu finden unter: www.agj.de/pdf/4-9/HE_Kinderschutz.pdf).

Neben der Praxis in den Jugendämtern entwickelt sich – angestoßen aus verschiedenen Richtungen – auch die Praxis der Kooperation im Kinderschutz weiter: Zum einen ist wiederum § 8a SGB VIII, hier Abs. 2, zu nennen, der die Jugendämter verpflichtet, Vereinbarungen über Vorgehen und Kooperation bei Kindeswohlgefährdung mit den Einrichtungen und Diensten der Träger der freien Jugendhilfe zu schlie-

ßen. Zum anderen sind in vielen Ländern Kinderschutzgesetze verabschiedet worden, die zum Teil auch die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitshilfe und Jugendhilfe einfordern (z. B. verpflichtende Bildung von lokalen Netzwerken in Rheinland-Pfalz, § 3 Kinderschutzgesetz Rheinland Pfalz). Daneben wird der Aufbau von Netzwerken früher Hilfen und Kinderschutz durch verschiedene Forschungs- und Modellprojekte der Länder und des Bundes gefördert und durch das – im März 2007 gegründete – Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) begleitet und unterstützt (Übersicht der verschiedenen Projekte auf der Homepage des NZFH unter: www.fruehehilfen.de).

Die Verbesserung der Vorgehensweisen, sowie die zunehmende Aufmerksamkeit für das Thema hat Öffentlichkeit und Professionelle zudem sensibilisiert und zu einem erheblichen Anstieg der Informationen an das Jugendamt (z. B. Klaus Kaiser, Leiter Fachbereich Soziale Dienste im Kreisjugendamt Rastatt in SWR 1 Sendung „Thema heute“ vom 4.8.09) sowie nach unlängst vorgelegten Zahlen auch der Inobhutnahmen und Sorgerechtsentzüge geführt (Rauschenbach u. Pothmann, 2008, S. 2 f.).

Trotzdem verstummt die Debatte um ein Kinderschutzgesetz auf Bundesebene nicht. Nachdem während der letzten zwei Jahre intensiv um ein solches Gesetz gerungen worden war, wurde der Entwurf (Bundestagsdrucksache 16/12429) zwar schließlich kurz vor Ende der 16. Legislaturperiode zurückgezogen. Hintergrund bildete die ungewöhnlich einhellige Kritik der Fachwelt am Regierungsentwurf, die in der Bundestagsanhörung vom 12. Mai 2009 öffentlich deutlich geworden war (Stellungnahmen zu finden unter www.bundestag.de > Ausschüsse > Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Anhörungen > Öffentliche Anhörung zum Thema „Kinderschutzgesetz“). Eine Wiederaufnahme der Debatte in dieser Legislaturperiode ist jedoch bereits angekündigt (Süddeutsche Zeitung vom 30.6.09; Antwort der Bundesregierung vom 20.7.09 auf die Kleine Anfrage „Die Entwicklung der Inobhutnahmen durch die Jugendämter, Bundestagsdrucksache 16/13803).

Der zurückgezogene Regierungsentwurf für ein Kinderschutzgesetz auf Bundesebene setzte vorwiegend auf zwei Punkte: Zum einen sollte den Jugendämtern eine gesetzliche Pflicht zu Hausbesuchen auferlegt werden, zum anderen wurden für vielfache Berufsgruppen neue Befugnisse und Pflichten zur Informationsübermittlung an das Jugendamt vorgeschlagen.

Beide Punkte ernteten ernst zu nehmende Kritik: Nicht der Hausbesuch, sondern die „fallblinde“ gesetzliche Verpflichtung zum Hausbesuch stieß bei den ExpertInnen auf Ablehnung. Befürchtet wurde, dass die Fachkräfte bei den Jugendämtern, die letztlich auch strafrechtlich für ihr Handeln einstehen müssen, diese Verpflichtung stärker gewichten würden als ihre fachliche Einschätzung. Denn während nicht nur ein, sondern viele Hausbesuche bei vermuteter Kindeswohlgefährdung in den Jugendämtern Standard sind, gibt es auch Fälle, in denen ein Hausbesuch „zur Unzeit“ den Hilfe-prozess erheblich stören oder den Zugang zur Familie sogar verstellen kann. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass in einigen der bekannt gewordenen Fälle, in denen Kinder zu Tode gekommen waren, eine Pflicht zum Hausbesuch nichts geändert hätte. In einem Teil der Fälle, wie zum Beispiel im Fall Kevin in Bremen, wurden Hausbe-

suche durchgeführt, die jedoch eher zu positiven Eindrücken führten und die insgesamt massiven Fehler bei der Einschätzung der Situation nicht änderten (Bericht des Untersuchungsausschusses der Bremischen Bürgerschaft, S. 56). Auch in dem jüngst bekannt gewordenen Fall Jennifer aus der Uckermark, wurde ein Hausbesuch durchgeführt, der jedoch aufgrund eines Fehlers in der Verwaltung nicht zu Handlungsfolgen führte (Berliner Morgenpost, 9.8.09). In anderen Fällen, wie bei Lea Sophie aus Schwerin oder Robin aus Hamburg wäre mangels Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung die gesetzliche Pflicht zum Hausbesuch gar nicht ausgelöst worden.

Hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Befugnisse und Informationspflichten war die Kritik vielschichtiger. Einerseits wurde anerkannt, dass für den medizinischen Bereich eine *bundeseinheitliche Öffnung der Schweigepflicht nach § 203 StGB* durchaus begrüßenswert wäre (vgl. Fegert, 2009, S. 3 f.; Thyen, 2009, S. 1 f.) Andererseits wurde moniert, dass die im Regierungsentwurf vorliegende Regelung unausgegoren, verwirrend und dadurch wenig hilfreich sei. Noch als deutlich problematischer wurde eine Vorschrift eingestuft, die Informationsbefugnisse und sogar Pflichten für alle Personen vorsah, die mit Ausbildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Diese Norm, die in der Fachöffentlichkeit die etwas despektierliche Benennung „Skilehrerparagraf“ erfuhr, wurde als Überforderung eingestuft. Aber es kamen auch Befürchtungen auf, dass die Vorschrift für im Kinderschutz wenig qualifizierte Personen eine Aufforderung zum Vorpreschen mit möglicherweise schädlichen Konsequenzen bilden könne (Katzenstein, 2009b, S. 5). Insgesamt bestanden Bedenken, dass die einseitige Betonung der Informationsübermittlungsbefugnisse gerade nicht dazu führen werde, die eigenen fachlichen Zugangsweisen auszubauen, sondern die Verantwortung durch „Meldung“ ans Jugendamt zu delegieren. Das jedoch würde nicht zu einer Verbesserung des orchestralen Zusammenspiels im Kinderschutz, sondern zu einem Neben- und Nacheinander der Hilfeversuche führen.

Von den Fachleuten gefordert wurde eine grundlegende Diskussion und *sorgfältige Vorbereitung* eines Kinderschutzgesetzes ohne Zeitdruck. Aber was wäre, neben der schon bestehenden und oben beschriebenen Gesetzeslage überhaupt notwendig, damit belastete Kinder und ihre Familien kontinuierlich wachsam unterstützt werden können und das Zusammenspiel der Kinderschutzakteure sich positiv weiter entwickeln kann?

Weitere gesetzliche Vorschriften, die die Vorgehensweisen analog zu § 8a SGB VIII auch für andere professionelle Bereiche als das Jugendamt normieren, sind wohl nicht erforderlich. Der § 8a SGB VIII entfaltet als „Dirigenten-Vorschrift“ ausreichend Kraft und Ausstrahlung. Unbestritten ist jedoch, dass eine Weiterentwicklung der fachlichen Möglichkeiten, auf Anhaltspunkte von Kindeswohlgefährdung und Hilfebedarf reagieren zu können, wünschenswert ist. Das gilt z. B. für Kliniken, Kinderarztpraxen, Psychotherapeutische und Psychiatrische Praxen und Kindertagesstätten. Welche gesetzlichen Neuerungen hier hilfreich sein können, um Hindernisse abzubauen oder neue Möglichkeiten zu schaffen, sollte zunächst ausführlich innerhalb der jeweiligen Professionen diskutiert werden.

Dabei werden jeweils auch so „einfache“ Fragen wie die nach ausreichenden Ressourcen, also Zeit, Personal, Fachwissen, Fort- und Weiterbildung gestellt werden müssen. Ein Beispiel sei angeführt: Die Früherkennungsuntersuchungen, deren Wahrnehmung durch die Eltern seit kurzem in fast allen Ländern umfassend kontrolliert wird, sind bis heute in keiner Weise darauf zugeschnitten, auch familiäre Probleme in den Blick zu nehmen und das Gespräch über Hilfebedarfe in der Familie zu suchen. Selbst das notwendige medizinische Wissen zur Identifizierung des selten vorkommenden Falls einer Misshandlung dürfte nicht immer vorhanden sein. Im Falle der Gesetzgebung zu den Früherkennungsuntersuchungen ist durch die Landesgesetzgeber mit dem Argument des Kinderschutzes ein großer Aufwand für Gesundheits- und Jugendbehörden entstanden, ohne dass die ärztlichen Möglichkeiten in einem sinnvollen Verhältnis dazu stünden. Auch scheint es, dass der Zugang zu belasteten Familien dadurch nicht entscheidend verbessert werden konnte (Nothafft, 2008).

Bei der Diskussion über die Weiterentwicklung der Kinderschutzgesetzgebung kann es daher nicht darum gehen, einseitig vermeintliche Kontrollinstrumente auszubauen. Vielmehr sollte die Leitlinie der Überlegungen mit dem Grundgesetz darin liegen, die *wachsamen Unterstützung für belastete Kinder und Familien* immer besser zu gewährleisten. Inwieweit die zunehmende Einbeziehung von freier Jugendhilfe, Gesundheitshilfe und Schule in den Kinderschutzauftrag weiter gesetzlich gefördert werden muss, bleibt einer zukünftigen Diskussion vorbehalten. Ziel der Einbeziehung der verschiedenen Professionen ist jedoch nicht, Meldesysteme an das Jugendamt auf- und auszubauen. Das Ziel besteht darin, die eigenen Instrumente der einzelnen Professionen so sorgsam zu stimmen, dass ihre Mitwirkung im Orchester der verschiedenen Akteure zu einem Erfolg für den Kinderschutz wird.

Literatur

- Bericht des Untersuchungsausschusses der Bremischen Bürgerschaft, Landtagsdrucksache 16/1381.
- Berliner Morgenpost (1.8.09). Fall Jennifer: Sorge um ihre Geschwister.
- Berliner Morgenpost (9.8.09). Personalknappheit führte zu Fehlern.
- Bieritz-Harder (2006). In K. Hauck, W. Noftz, A. Stähr (Hrsg.), SGB VIII Kinder- und Jugendhilferecht. Kommentar. Berlin: Erich Schmidt.
- Coester, M. (2008). Inhalt und Funktionen des Begriffs der Kindeswohlgefährdung – Erfordernis einer Neudefinition? Das Jugendamt, 1-9.
- Empfehlungen des Deutschen Städtetags zur Festlegung fachlicher Verfahrensstandards in den Jugendämtern bei akut schwerwiegender Gefährdung des Kindeswohls – Strafrechtliche Relevanz sozialarbeiterischen Handelns (2003). Das Jugendamt, 226-232.
- Fegert, J. M. (2009). Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Kinderschutzes zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 25.05.2009, zu finden unter: www.bundestag.de

- Institut für soziale Arbeit (ISA) (2006). Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung – Arbeitshilfe zur Kooperation zwischen Jugendamt und Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe. Münster: Eigenverlag.
- Katzenstein, H. (2009a). Schutz für Kinder – Möglichkeiten zur Hilfe und ihre Grenzen. Das Jugendamt, 9-14.
- Katzenstein, H. (2009b). Hinweise zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Kinderschutzes zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 25.05.2009, zu finden unter: www.bundestag.de
- Kindler, H. (2009). Kindeswohlgefährdung: Ein Forschungsupdate zu Ätiologie, Folgen, Diagnostik und Intervention. Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, 58, 764-785.
- Nothafft, S. (2008). Landesgesetzliche Regelungen im Bereich des Kinderschutzes bzw. der Gesundheitsvorsorge. Wissenschaftliche Texte IZZK.
- Rauschenbach, T., Pothmann, J. (2008). Im Lichte von ‚KICK‘, im Schatten von ‚Kevin‘: Höhere Sensibilität – geschärfte Wahrnehmung – gestiegene Verunsicherung, KOMDAT Jugendhilfe, 3, S. 2-3.
- Meysen, T. (Hrsg.) (2009). Das Familienverfahrensrecht – FamFG. Praxiskommentar. Köln: Bundesanzeiger Verlag.
- Meysen, T., Schönecker, L., Kindler, H. (2009). Frühe Hilfen im Kinderschutz – Rechtliche Rahmenbedingungen und Risikodiagnostik in der Kooperation von Gesundheits- und Jugendhilfe. Weinheim: Juventa.
- Ruthemeier, W. (2009). Ambivalenzsteuerung im Kinderschutz. Das Jugendamt, 225-229.
- Thyen, U., (2009). Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Kinderschutzes zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 25.05.2009, zu finden unter: www.bundestag.de
- Wiesner, R. (1997) Brauchen wir schärfere Gesetze? In T. Mörsberger, J. Restemeier (Hrsg.), Helfen mit Risiko – Zur Pflichtenstellung des Jugendamtes bei Kindesvernachlässigung (S. 211-219). Neuwied: Luchterhand.
- Wiesner, R. (2006). SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe, München: C.H.Beck.

Korrespondenzanschriften: Henriette Katzenstein und Lydia Schönecker, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) e.V., Postfach 10 20 20, 69010 Heidelberg; E-Mail: katzenstein@dijuf.de, schoenecker@dijuf.de